

Vom Vorstand genehmigt

**Stellungnahme der Kreditanstalt für Wiederaufbau
zu dem zweiten Konsultationspapier der BIZ Basel
"Überarbeitung der Baseler Eigenkapitalübereinkunft"**

Gliederung

Textziffern

| | | |
|------|---|-------|
| I. | Allgemeine Überlegungen | 1-4 |
| II. | Zentrale Forderungen der KfW für den weiteren Konsultationsprozess | 5-16 |
| III. | Erwartete Auswirkungen von Basel II auf die Tätigkeiten der verschiedenen Bereiche der KfW | 17-38 |
| | Investitionsfinanzierung | |
| | Export- und Projektfinanzierung | |
| | Finanzielle Zusammenarbeit | |
| IV. | Überlegungen zum zweiten und dritten Pfeiler des Baseler Accords | 39-53 |
| | Operationale Risiken und Zinsänderungsrisiken | |
| | Anerkennung interner Ratingverfahren, Aufsicht und Markttransparenz | |
| | Musterrechnung für KMU-Kredite | 54 |
| | Abkürzungsverzeichnis | |

I. Allgemeine Überlegungen

1. Am 16. Januar 2001 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht sein zweites Konsultationspapier zur Neuregelung der Eigenkapitalübereinkunft von 1988 vorgestellt. Die neue Eigenkapitalübereinkunft, die zunächst nur für international tätige Institute gelten wird, wird in ihren wesentlichen Teilen im Wege einer EU-Richtlinie übernommen werden und damit auch für alle anderen Kreditinstitute und darüber hinaus auch für Wertpapierfirmen in der EU verbindlich.
2. Wichtigste Neuordnungen werden sein:
 - Erweiterung des Anwendungs- und Konsolidierungsbereichs des neuen Accords auf Bankengruppen,
 - die Heranziehung bankinterner Ratingverfahren (IRB-Ansatz) als Basis für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung von Risikoaktiva,
 - die Ausweitung der Möglichkeiten zur Anrechnung von Kreditsicherheiten,
 - die Einbeziehung operationaler Risiken in die Berechnungsgrundlage zur Eigenkapitalunterlegung und
 - die Verstärkung der Marktdisziplin durch deutlich erweiterte Offenlegungs- und Berichtspflichten.
3. Im Grundsatz gilt, dass fortgeschrittene Techniken der Kreditbeurteilung insgesamt eigenkapitalentlastend wirken sollen. Im Verbund mit einer gleichzeitig stärkeren Differenzierung der Eigenkapitalgewichtung für Kreditnehmer ist eine erhebliche Umlenkung der Kapitalströme und eine stärkere Differenzierung der Kreditzinssätze zu erwarten.
4. Wir gehen in dieser zweiten Stellungnahme ausschließlich auf wichtige Punkte für das Geschäft der KfW und ggf. verbundener Unternehmen ein. Hierbei stellen wir zunächst die qualitativen Aspekte und die Bewertungen der vorgelegten Konsultationsdokumente vor. In diesem einleitenden Abschnitt unserer Stellungnahme (Für die KfW wesentliche Punkte im zweiten Konsultationspapier und Forderungen für den weiteren Konsultationsprozess) sind auch die wesentlichen Forderungen der KfW für den weiteren Konsultationsprozess enthalten. In den folgenden Abschnitten gehen

wir bereichsweise auf die Auswirkungen der geplanten Regelungen für das KfW-Geschäft ein und in einem letzten Abschnitt behandeln wir notwendige Veränderungen aus der Anwendung des 2. und 3. Pfeilers des neuen Accords. Hinsichtlich der weiteren aus deutscher Sicht wesentlichen Punkte verweisen wir auf die Stellungnahme des Zentralen Kreditausschusses (ZKA), so zum Beispiel auf die Behandlung von Sicherheiten, Kreditderivaten und Garantien sowie die Behandlung des gewerblichen Hypothekarkredits.

II. Für die KfW wesentliche Punkte im zweiten Konsultationspapier und Forderungen für den weiteren Konsultationsprozess

5. Aus Sicht der KfW ist im Investitionskreditgeschäft hervorzuheben, dass wir unter den derzeit vorgesehenen Regelungen trotz der Anerkennung interner Rating-Verfahren (IRB-Ansatz) per Saldo eine Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung für Kredite an KMU und damit eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für mittelständische Unternehmen befürchten. Hierzu legen wir unter Textziffer 54 eine Musterrechnung bei. Die KfW reagiert als Förderbank mit der Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums und interner Prozesse auf sich verändernde Rahmenbedingungen. Diese Maßnahmen erscheinen jedoch nicht ausreichend, um die Benachteiligungen der KMU durch die vorgesehenen Regelungen auszugleichen. **Vor diesem Hintergrund erwarten wir mittelstandsfreundlichere Modifikationen der Baseler Vorschläge, die insbesondere eine weitere Fassung der anererkennungsfähigen Sicherheiten sowie eine gesonderte Berücksichtigung des Retailgeschäftes der Banken bereits im Standardansatz vorsehen. Darüber hinaus sollten der Anwendungsbereich des Retail-Ansatzes erweitert und die Bonitätsgewichte für mittelständische Unternehmen gesenkt werde. Außerdem sollte eine Abmilderung von Laufzeiteffekten im fortgeschrittenen IRB-Ansatz angestrebt werden. Die Punkte werden in den Textziffern 17 ff. einzeln erläutert.**
6. Die KfW hat in Vorwegnahme der neuen Regeln ihr Risikomanagement konsequent weiterentwickelt, um alle Spielräume zu nutzen, die eine bestmögliche Erfüllung ihres Förderauftrags sicherstellen. Die KfW wird alle Anstrengungen unternehmen, die Bedingungen der neuen Baseler Eigenkapitalübereinkunft zu er-

füllen; dies wird sich jedoch in erheblichem Maße auf der Kostenseite niederschlagen. **Dabei gehen wir davon aus, dass die KfW in allen verwendeten Ansätzen ihr 0-Gewicht beibehalten wird und somit mit den multilateralen Förder- und Entwicklungsbanken gleichgestellt wird.**

7. Darüber hinaus wird die KfW in der Ausgestaltung des Förderinstrumentariums bereits jetzt flexibel darauf reagieren müssen, dass die Trends in der Kreditwirtschaft zur Abkehr vom langfristigen Kredit und zur Entlastung der Bilanz von ertragsschwächeren Krediten (mit Hilfe von Asset-Backed-Securities=ABS oder Kreditderivaten) durch die neuen Eigenkapitalanrechnungsregeln forciert werden. **Die neuen und vom Markt gut aufgenommenen Instrumente (Verbriefung etc.) dürfen nicht durch Regelungen im neuen Accord behindert werden.** Sie müssen umgehend durch weitere Maßnahmen (z.B. Liquiditätsversorgung, risikodifferenzierte Marge) ergänzt werden.
8. Die neuen Vorschläge des Baseler Ausschusses enthalten zum Teil wesentliche Verbesserungen gegenüber dem ersten Konsultationspapier vom Juni 1999. Nunmehr soll ein IRB-Ansatz zahlreichen Instituten ermöglichen, ihre Eigenkapitalunterlegung auf der Grundlage bankeigener Daten bestimmen zu dürfen. Die Untersuchung typischer Mittelstandsportfolien durch die KfW deutet darauf hin, dass die Bonitätsgewichte (vor Berücksichtigung der Besicherung) häufig oberhalb derer des Standardansatzes liegen dürften. Da im Foundation Approach (siehe Textziffer 10) die Möglichkeit zur Anrechnung von Sicherheiten gegenüber dem Standardansatz nur moderat ausgeweitet wurde, scheint es jedoch fraglich, ob das Ziel der Eigenkapitalentlastung beim Übergang zu fortschrittlicheren Methoden tatsächlich erreicht werden kann. **Wir plädieren daher über alle Bereiche der KfW hinweg für eine Erweiterung des Sicherheitenkatalogs im Standardansatz.**
9. Für uns überraschend sieht das zweite Konsultationspapier eine Berücksichtigung der Laufzeit für Kredite im internen Rating-Ansatz (fortgeschrittene Variante) vor. Dies betrifft insbesondere die langfristige Finanzierung von Investitionsgütern und benachteiligt die im deutschen Kreditgeschäft üblichen langfristigen Kreditbeziehungen. **Wir halten die jetzt noch nicht abschließend kalibrierten Vor-**

schläge für langfristige Kredite und laufzeitorientierte höhere Abschläge für Sicherheiten nicht für geeignet, das Ziel des neuen Accords, die Stabilität des Finanzsektors zu verbessern, zu erreichen. Eine Ersetzung langfristiger Kredite durch kurzfristige Roll-over-Kredite würde nicht nur in erheblichem Maße von der Finanzierungskultur in Deutschland abweichen, sondern hätte unerwünschte Effekte auf die Stabilität des Finanzsektors. Im Ergebnis erwarten wir, dass zumindest eine Abmilderung der Laufzeitdifferenzierung im Advanced Approach erreicht wird.

10. Aus diesen Überlegungen ergibt sich auch für die KfW folgende Entscheidungsmatrix für den Einsatz eines internen Ratings sowie ein erster indikativer Zeitplan:

* Hinsichtlich der verwendeten Abkürzungen verweisen wir auf das am Ende der Stellungnahme anliegende Abkürzungsverzeichnis.

Mögliche Verfahren für Kreditrisikoermittlung

| Ansatz | Standardansatz | | Internes Rating | |
|---------------------|--|--------------------|--|---|
| | Einfacher Ansatz | Umfassender Ansatz | Basis-Ansatz (Foundation Approach) | Fortgeschr. Ansatz (Advanced Approach) |
| Bonitäts-gewichtung | <p>Extern über Ratings (Bandbreite 20%-150%)</p> <p>Adressen ohne Rating (= 100%)</p> <p>Überwachung der Ratingveränderung erforderlich</p> <ul style="list-style-type: none"> - keine Ausnahme für „retail“ - -Ausnahme: 50% gewerbliche Realkredite unter bestimmten Voraussetzungen | | <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-bottom: 10px;"> <div style="text-align: right; padding-right: 10px;">Interne Verfahren</div> <div style="text-align: left; padding-left: 10px;">Externe Verfahren</div> </div> <ul style="list-style-type: none"> - hohe Risikogewichtung ab Investment Grade - - Anwendung für alle Bücher und Teile einer Bank ist Voraussetzung - Sonderlösung für „retail“ (und sehr kleine KMU?) | |

| | Standardansatz | | Internes Rating | |
|-------------------------------------|---|---|--|---|
| Risikoverminderung -Sicherheiten | Mindestanforderungen an Sicherheitspolitik, -verwaltung und -bewertung | | Bestimmungen wie im Standardansatz | |
| - Sicherheiten | -eingeschränkte Liste finanzieller Sicherheiten -hohe Wertabschläge-plus: capital floor -mindestens halbjährliche Bewertung | -niedrigere Wertabschläge über eigene Schätzungen (internes Marktmodell) -tägliche Bewertung und Nachschüsse -niedriger capital floor | Bestimmungen wie im Standardansatz | Anerkennungsfähige Sicherheiten unbeschränkt |
| Garantien | -Weiterer Kreis an Garantiegebern -umfassendere Mindestanforderungen für Anerkennung von Garantien -Laufzeitinkongruenz -außer für staatliche und Bankgarantien stets Abschlag von W=15% | | Bestimmungen wie im Standardansatz Zusätzlich: bestimmte hypothekarische Sicherheiten | Anerkennungsfähige Sicherheiten unbeschränkt eigene Rechnungen maßgeblich |

| | Standardansatz | | Internes Rating | |
|--------------------------------|--|------------------------------------|---|---|
| Kreditderivate | -nur CDS, CLN, TRS anerkannt -stets: W= 15% (capital floor) | Bestimmungen wie im Standardansatz | Bestimmungen wie im Standardansatz | Eigene Rechnungen maßgeblich |
| Bemessungsgrundlage/EAD | <ul style="list-style-type: none"> - wie bislang - Bilanzaktiva: Buchwert - Off balance: Kreditäquivalent - 20% für Zusagen (bis 1 Jahr) | | Stets CCF=75% für Kreditzusagen | Eigene Rechnungen maßgeblich |
| Loss given default | - keine Berücksichtigung | | Standardannahme 50% (grundsätzlich) oder 75% (nachrangig) | |
| Laufzeit | - n.r. | - n.r. | - keine Berücksichtigung | <ul style="list-style-type: none"> - Laufzeitanpassung (2 Methoden) - Lange Laufzeiten erhalten hohes Risikogewicht |
| Anforderungen an Datenhistorie | - n.r. | - n.r. | <ul style="list-style-type: none"> - 5 Jahre - bei Start der Übergangszeit: 2 Jahre | <ul style="list-style-type: none"> - 7 Jahre für EAD und LGD |

11. Die Nutzung der jeweiligen Verfahren ist mit unterschiedlichen Dokumentations- und Publizitätsvorschriften verbunden. Die Konsultationspapiere legen hierzu zunächst umfangreiche qualitative und quantitative Berichterstattungspflichten (Textziffer 640 ff. des Entwurfs des neuen Accords) fest, die von allen Banken zu erfüllen sind. Darüber hinaus werden für Nutzung der verschiedenen Ansätze differenzierte Regelungen (Textziffern 648 ff. des Entwurfs des neuen Accords) getroffen, die im technischen Dokument "Säule 3: Marktdisziplin" durch Formblätter weiter formalisiert werden. Im Ergebnis plädieren wir dafür, dass Informationen an die Öffentlichkeit nicht über die Informationsverpflichtungen aufgrund der Bilanzierungsvorschriften hinausgehen sollten.
12. Ferner sind als quantitative Offenlegungspflichten die tatsächlichen Ergebnisse als Zeichen der Qualität und Verlässlichkeit des gewählten IRB-Ansatzes vorgesehen. Auch bei den Methoden zur Begrenzung des Kreditrisikos hat der Ausschuss verpflichtende Vorschriften und Empfehlungen für Veröffentlichungen herausgegeben. Diese sollten insgesamt daraufhin überprüft werden, inwieweit diese Informationen für die Öffentlichkeit oder die Aufsicht bestimmt sein sollten.
13. Besondere Informationspflichten sind für die Verbriefung von Kreditforderungen vorgesehen. Wir gehen unter Textziffer 20 auf die Besonderheiten dieses Instrumentes ein und leiten dort ab, welche Regelungen zum weiteren sinnvollen Einsatz dieses Instrumentes erwünscht sind. Aus unserer Sicht ist wesentlich, dass die Regelungen - gerade für synthetische Transaktionen - so gefasst werden, dass eine Verbriefung für kleinere Banken tatsächlich durchführbar ist und attraktiv bleibt.
14. Die Summe der notwendigen Daten und die sukzessive Erhöhung der Datenanforderungen parallel zum Inkrafttreten des neuen Baseler Accords lassen erwarten, dass IRB-Systeme nur zeitversetzt aufsichtsrechtlich anerkannt werden können. Sofern eine Bank Ende 2001 die Anforderungen an interne Ratingsysteme nicht erfüllt bzw. den Kreditbestand nicht bis auf kleine Reste durchgeratet und systemseitig erfasst hat, kann bis 2004 die erforderliche historische Zeitreihe nicht mehr eingehalten werden. Eine nachträgliche Erfassung, d.h. eine rückwärtige Verlängerung der Zeitreihen und damit der Daten ist realistisch nicht darstellbar. Entscheidend ist aber, dass die Anforderungen in vielen Bereichen noch

mindestens bis zum Jahresende, d.h. bis zur endgültigen Veröffentlichung der Baseler Regelungen und dem notwendigen Schließen jetzt noch offener Punkte unklar sind. **Wir stehen damit vor der Anforderung, Regeln im laufenden Kalenderjahr umzusetzen, die jedoch frühestens zum Jahresende 2001 endgültig feststehen.** Wir schlagen deshalb im Einklang mit dem ZKA vor, mindestens bis 2006 nur eine zweijährige Datenhistorie interner Ratings vorzuschreiben. Eine solche Änderung wird unseren indikativen Zeitplan wesentlich beeinflussen.

15. Wir sehen daher in unseren Zeitplänen vor, die Anwendung eines internen Ratingansatzes schrittweise vorzunehmen und lassen uns dazu von einem externen Berater unterstützen. Auch sollten Übergangsfristen ausgedehnt werden. Es ist nicht einsichtig, warum eine Datenhistorie von 7 Jahren für "loss given default" (LGD) und auch mehreren Jahren für "exposure at default " (EAD) erforderlich sein sollte. Insbesondere bei EAD handelt es sich um einen sekundären Kreditrisikoparameter. Wir schlagen außerdem vor, dass insbesondere bei den genannten Parametern Erhebungen auf Stichprobenbasis anerkennungsfähig sind.
16. Hinsichtlich der **operationalen Risiken** teilen wir die Position des ZKA, dass vor einer **Kalibrierung dieser Risiken zunächst die Auswirkungen des neuen Accords auf die Kreditrisiken bekannt sein müssen.** Die vom Baseler Ausschuss im Basisindikatoransatz vorgeschlagene Bezugsgröße „Bruttoertrag“ für die Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung ist für die KfW akzeptabel. Dagegen würde eine Orientierung an einer volumenbezogenen Einheit (z.B. jahresdurchschnittliche Bilanzsumme für einzelne Geschäftsfelder im Standardansatz) die KfW übermäßig belasten.

III. Erwartete Auswirkungen von Basel II auf die Tätigkeiten der verschiedenen Bereiche der KfW

Investitionsfinanzierung

17. Soll ein struktureller Nachteilsausgleich für die KMU gegenüber der Refinanzierung von Großunternehmen sichergestellt werden, wird sich die KfW höheren Förderleistungen gegenüber sehen, um weiterhin günstige Konditionen anbieten zu können. Selbst wenn die Verbilligungssätze konstant gehalten werden könnten, ist zu beachten, dass sowohl der einstufige als auch der mehrstufige **Förderweg** insgesamt teurer wird, wenn die Eigenkapitalbelegung bei den Durchleitungsbanken zunimmt.
18. Die KfW wird auf diese Entwicklung mit einer Erweiterung ihrer Vertriebskanäle reagieren müssen, um das Förderangebot aufrecht zu erhalten. Hierzu sind – auch aus Prozesskostensicht – **neue Instrumente** wie Globaldarlehen und risikodifferenzierte Margen erforderlich. Auch eine Ausweitung elektronisch nutzbarer Antragswege ist zu forcieren.
19. Gleichzeitig ist an den verstärkten Einsatz **risikomindernder Sicherungstechniken**, z.B. des Bürgschafts- und Garantieinstrumentariums sowie der Kreditderivate, zu denken. Es gilt dafür zu sorgen, dass der Förderkredit in diesem Umfeld attraktiv bleibt, indem eigenkapitalschonende Techniken sowohl für das Förderinstitut als auch die durchleitenden Banken eingesetzt werden und Kreditrisiken zwischen Förderinstitut und Durchleitungsbanken zu effizienten Portfolios zusammengestellt werden können.
20. Die Behandlung der Verbriefung und des Kredithandels im neuen Baseler Accord ist für den Mittelstand zumindest in zweifacher Hinsicht von entscheidender Bedeutung:

a) Kurzfristige Betriebsmittelfinanzierung/Kredithandel

Die Absatzfinanzierung der KMU gestaltet sich bereits heute zunehmend schwierig und wirkt bei Störungen in der Tendenz negativ auf die Bonitätseinschätzung der KMU seitens der Institute. Kreditinstitute sind aufgrund neuer Anforderungen (Grundsatz II) und auch wegen hoher Liquiditätsbereitstellungskosten zurück-

haltender als vorher. Basel II wird insbesondere die Kontokorrentfinanzierung weiter verteuern. Insgesamt werden die KMU deshalb auch auf einen funktionierenden ABS-Markt angewiesen sein. Zumeist wird es sich um klassisches ABS in Form von „true sale“ handeln.

In diesem Zusammenhang ist die günstigere Anrechnung beim ABS-Käufer zu begrüßen. Bei Banken im Foundation Approach des IRB-Ansatzes sollte allerdings nicht grundsätzlich ein LGD von 100% unterstellt werden, da damit die Risikogewichtung gegenüber dem externen Rating verdoppelt wird. Entscheidend ist, dass für solche zumeist ABS-Conduits keine allzu starke Belastung der erforderlichen Liquiditätslinien von Banken festgesetzt wird. Es sollten reine Liquiditätslinien zugelassen werden, deren Unterlegung mit Eigenkapital sehr gering bzw. nicht erforderlich ist.

(b) **Verbriefung** mittelständischer (Förder-) Kredite

Für die Verbriefung sollten keine höheren Hürden als derzeit errichtet werden. Das gilt vor allem für die synthetische Verbriefung, die aus rechtlichen und steuerlichen Gründen in Europa und insbesondere in Deutschland sehr verbreitet ist. Die Verbriefung von mittelständischen Kreditrisiken wird für die Förderpolitik weiterhin wichtig bleiben:

Viele, gerade kleine und mittlere, Banken werden (zunächst) nur den Standardansatz wählen können. Da im Durchschnitt Mittelstandsportfolien ein Rating zwischen investment-grade und non-investment-grade-Bereich, oft auch mit Schwerpunkt im non-investment-grade, besitzen, besteht für diesen Teil der Bankbilanz zudem höchstens ein geringer Anreiz, den Foundation Approach des IRB-Ansatzes zu wählen. Über den Foundation Approach lassen sich des Weiteren auch keine Portfolioeffekte in hinreichendem Umfang erzielen wie bei einer Verbriefung. Deswegen könnte insgesamt für kleinere Banken die Verbindung von Standardansatz und Verbriefung eine interessante Handlungsalternative sein, um regulatorisches an ökonomisches Eigenkapital anzunähern. Die Verbriefung könnte diesen Instituten den Zugang zu realistischen LGDs und zur Erzielung von Portfolioeffekten bieten. Insoweit wird die Verbriefung auch für Institute im Foundation Approach des IRB-Ansatzes eine attraktive Option bleiben. Selbst Institute im fortgeschrittenen IRB dürften aufgrund der höheren Anrechnung bei langlaufenden Krediten das Interesse an Verbriefungen nicht verlieren.

An Banken im Standardansatz sollten keine zu hohen organisatorischen Mindestauflagen und auch keine zu hohen Publizitätsanforderungen gestellt werden, da ansonsten diesen Instituten - die ohnehin keine großen Portfoliovolumina mobilisieren können - der Weg zur Verbriefung zusätzlich erschwert wird.

Hinsichtlich der Behandlung von „first loss“ und Ausplatzierungserfordernis bei synthetischen Verbriefungen sollten die derzeit gebräuchlichen deutschen Regelungen weitestgehend erhalten bleiben. Der „first loss“ sollte auf die erwarteten Verluste beschränkt bleiben, wobei für die Deckung dieser Position neben dem Eigenkapital auch die zukünftigen Zinseinnahmen und die jeweils gebildete Risikovorsorge Berücksichtigung finden sollten. Die erforderliche Ausplatzierung der Risiken sollte sich auf einen hinreichend großen „mezzaninen Teil“ beschränken, so dass der Originator den „Super Senior Swap“ und das „first loss“ halten könnte.

Synthetische Verbriefungen, die bestehende Standardrahmenverträge nutzen, sollten keinem „capital floor“ unterworfen werden. Dafür spricht umso mehr, wenn durch die Mitwirkung von externen Rating-Agenturen auch die rechtlichen Risiken eingehend beurteilt worden sind.

21. Die Absicht des Baseler Ausschusses, **Sicherheiten** stärker als bisher bei der aufsichtlichen Eigenkapitalbestimmung zu berücksichtigen, ist grundsätzlich begrüßenswert. Allerdings ist der Kreis der anererkennungsfähigen Sicherheiten zu stark beschränkt. Damit spiegeln die Vorschläge des Ausschusses die Realität der vorhandenen Sicherheiten - insbesondere im mittelständischen Kreditgeschäft - nur äußerst unzureichend wider. Derzeit nicht erfasst werden insbesondere:

- an dritte Banken verpfändete Bareinlagen;
- ungedeckte, nicht börsennotierte Schuldverschreibungen, Schuldscheine;
- Lebensversicherungen;
- Bausparguthaben;
- langfristig absichernde Hypotheken (außerhalb der besonderen Gewichtung des gewerblichen Realkredits und des Wohnungsbaukredits);
- insbesondere Schiffs- und Flugzeughypotheken und ähnliche Sicherheiten bei anderen Mobilien;
- Sicherungsübereignung, Leasing.

Wir halten es für erforderlich, klassische Sicherheitenformen des Mittelstandskredites bereits im Standardansatz zu berücksichtigen. Insoweit schließen wir uns der Forderung des ZKA an, den Kreis der anererkennungsfähigen Sicherheiten auf sämtliche ‚banküblichen‘ Sicherheiten, mindestens jedoch um die vorgenannten Kategorien zu erweitern. Auch hinsichtlich der Besicherung der Banklinien im Durchleitungsweg ist aus Sicht der KfW eine möglichst weite Fassung der anzurechnenden Sicherheiten/Garantien anzustreben.

22. Im Advanced Approach des internen Ratings ist - wie bereits ausgeführt - eine mit wachsender **Laufzeit** der Kredite zunehmende Steigerung der Bonitätsgewichte und damit eine steigende Eigenkapitalunterlegung vorgesehen. Im Konsultationsprozess sollte darauf geachtet werden, dass es auf diesem Weg zu keiner (risiko-) überproportionalen Ausweitung der Kostenspreizung zwischen lang- und kurzfristigen Krediten kommt. Ansonsten würde die Kreditaufsicht Impulse gegen die gewachsene und bewährte deutsche Finanzierungsstruktur geben. Ein solcher Eingriff zugunsten angelsächsischer Gewohnheiten (kurzfristig orientierte Marktaustauschbeziehungen) und damit zulasten der auf langfristige Stabilität ausgerichteten Kreditbeziehungen des Mittelstandes in Deutschland, sollte vermieden werden.
23. Bei der Bestimmung der aufsichtsrechtlichen **Definition des Ausfalls** des Kreditnehmers sollten Vorteile aus den i. d. R. langfristigen Kundenbeziehungen im bankenorientierten Finanzierungssystem nicht entwertet werden. Bei der Festlegung auf Kriterien, die nicht den Gepflogenheiten im deutschen KMU-Kreditgeschäft entsprechen, müssten dafür erst neue Datenbestände aufgebaut werden. Sinnvoll wäre eine Definition, die den üblichen Fristen im KMU-Kreditgeschäft entgegenkommt.
24. Vorgesehen ist eine Anpassung der Kapitalunterlegung entsprechend der **Granularität** des Portfolios. Dies ist zu begrüßen. Zu prüfen bleibt, ob die vorgesehene Berechnungsweise und der geplante Umfang der Entlastung den tatsächlichen Vorteilen eines breit diversifizierten Mittelstandportfolios gerecht wird. Berechnungen der KfW zeigen, dass größenbedingte Nachteile, die sich für KMU-Portfolios aus dem Rating-Prozess ergeben, nicht durch die Vorteile einer relativ starken Diversifikation ausgeglichen werden. Darüber hinaus zeigt sich, dass in

der Realität häufig vorkommende zu einer deutlichen Erhöhung der Eigenkapitalbelastung führen können.

25. Die Möglichkeit, in den IRB-Ansätzen kleine Kredite an kleinere Unternehmen wie solche an Privatpersonen in sog. **Retail-Portfolios** zu behandeln, ist zu begrüßen. Das formulierte Ziel, damit der Bankenpraxis zu entsprechen und insofern eine Vereinfachung der aufsichtsrechtlichen Regelungen zu erreichen, würde dafür sprechen, auch im Standardansatz dieses Instrument vorzusehen. Eine Öffnung des Standardansatzes in diese Richtung ist daher zu prüfen.
26. Im Zuge des Konsultationsprozesses sollte darauf geachtet werden, dass bei der Konkretisierung der noch groben Abgrenzungen, der Unternehmen bzw. Kreditvolumina die zu einem Retail-Portfolio zusammengefasst werden dürfen, keine zu strikte Größenrestriktionen angelegt werden. Deutsche mittelständische Unternehmen sind typischerweise eher größer als in anderen Ländern. Im Konsultationspapier wird vorgeschlagen, als unternehmensbezogenes Definitionskriterium „a connection between lending to the small business enterprise and lending to the individual principals of the business“ zu verlangen. Neben der zusätzlichen Komplexität, würde so die Einbeziehung von Portfolios kleiner *Unternehmen* in den Retail-Bereich untergraben und tendenziell die Rechtsform der Kapitalgesellschaft (in Deutschland typischerweise die GmbH) diskriminiert. Eine Definition primär anhand des Kreditvolumens dürfte der zielführende Weg sein. Eine Obergrenze von mindestens 300 TEUR erscheint hier angemessen.
27. Auch im Retail-Ansatz erfolgt die Kalibrierung der Eigenkapitalunterlegung auf der Grundlage von erwarteten *und* unerwarteten Verlusten. Damit steigt bei hohen durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) das zu unterlegende Eigenkapital – unabhängig von kompensierenden Portfolioeffekten. Dies widerspricht der Systematik einer Portfoliobetrachtung. Sollte dies dazu führen, dass der Vorteil einer Anrechnung eines Kredites als Retail für kleine Unternehmen aufgrund eines (einkalkulierten) höheren PD unterminiert wird, würde das anvisierte Ziel, eine der Bankenpraxis entsprechende Erleichterung zu ermöglichen, verfehlt.

28. Die Anforderungen an das Verfahren dürfen insgesamt nicht dazu führen, dass eine mögliche Erleichterung durch die Anpassung an die Praxis der Kreditinstitute durch nicht erfüllbare **formale Anforderungen** konterkariert werden. Der im Papier diskutierte erforderliche Grad der Differenzierung in Segmente sollte nicht über den der Bankpraxis hinausgehen und auf eine möglichst geringe Zahl von Kriterien abstellen. Auf diesem Weg sollte nicht ein Konflikt zur notwendigen quantitativen Besetzung der Segmente entstehen. Die Anforderung an die Datenhistorie (segmentweise PD und LGD oder Expected Loss (EL) – vorgesehen sind hier 2 Jahre) sollten zeitnah erfüllbar sein.
29. Bereits heute häufen sich – wie in Ziffer 20 erwähnt - Hinweise, dass für KMU die typische Absatzfinanzierung immer schwieriger wird. In der Tendenz sind hier offenbar die kleineren Mittelständler durch die Zurückhaltung ihrer Banken überproportional betroffen. Basel II wird diesen Trend eher verstärken, da unausgenutzte Kreditzusagen zukünftig überwiegend zu einer Eigenkapital-Bindung führen werden. Im Standardansatz wird sich der gezogene Teil einer Kreditzusage nicht vergünstigen, zugleich wird die offene Kreditzusage auf 20% Kreditäquivalent gehoben, soweit sie nicht jederzeit kündbar ist. Im Foundation Approach des IRB-Ansatzes könnte der gezogene Teil zwar günstiger in der Risikogewichtung werden, wenn KMU ein investment-grade-Rating haben. Dieser Vorteil wird zum Teil jedoch dadurch aufgehoben, dass der unausgenutzte Zusagebetrag mit 75% zu gewichten ist. Für die schwächeren Mittelstandsrisiken werden beide Effekte deutlich negativ wirken; insbesondere durch eine zu geringe Granularität könnte sich dies bei kleineren Banken noch verstärken.
30. In der **Zusammenarbeit von KfW und DtA** ergibt sich im Hinblick auf die Kreditrisikobewertung im Investitionsgeschäft zur Zeit folgender Stand: Die DtA entwickelt für die Zielgruppen Existenzgründer und junge Unternehmen ein Rating-System. Die KfW erarbeitet gemeinsam mit einem externen Berater ein Rating-System für mittelständische Unternehmen. Im Rahmen der weiteren Zusammenarbeit der Häuser muss sichergestellt sein, dass die Beurteilungskriterien für beide Häuser einsetzbar sind. Die beiden Häuser werden die Vorgehensweise, wel-

cher Ansatz (Standardansatz oder Interner IRB-Ansatz) eingesetzt werden soll, rechtzeitig abstimmen.

Export- und Projektfinanzierung

31. Schwerpunkt in der Exportfinanzierung der KfW ist die langfristige Finanzierung von Investitionsgütern. Diese sind gekennzeichnet durch eine lange wirtschaftliche Lebensdauer, die beispielsweise bei Kraftwerken, Flugzeugen, Schiffen und Lokomotiven zum Teil deutlich mehr als 20 Jahre beträgt. Aufgrund der Wettbewerbssituation ist in der Regel auch nur eine entsprechend langfristige Amortisation dieser Investitionen in der Kalkulation der investierenden Unternehmen darstellbar. Eine durch aufsichtsrechtliche Bestimmungen induzierte Tendenz zur kurzfristigen Finanzierung würde der wirtschaftlichen Logik widersprechen und zu einer Erhöhung der Instabilität von Unternehmen und in der Folge auch von Finanzinstituten beitragen, die nicht im Interesse der Aufsichtsbehörden liegen kann

Im Bereich der Export- und Projektfinanzierung kommt der Nutzung risikomindernder Sicherungstechniken eine hohe Bedeutung zu. Die vom ZKA vorgeschlagene Ausweitung des Katalogs der anererkennungsfähigen Sicherheiten unterstützen wir daher ausdrücklich. Neben der Berücksichtigung von Grundpfandrechten an Immobilien müssen aus unserer Sicht insbesondere auch werthaltige dingliche Sicherheiten an Mobilien (Flugzeugen, Schiffen, rollendem Material für Eisenbahnen) risikomindernd berücksichtigt werden. Bei diesen handelt es sich um standardisierte, marktgängige Güter, die im Falle einer Veräußerung bzw. Verwertung einen nachhaltigen Veräußerungserlös erwarten lassen. Durch entsprechende Hypotheken besicherte Finanzierungen sollten daher unseres Erachtens künftig im Standardansatz wie gewerbliche Realkredite lediglich einer 50%-Anrechnung unterliegen.

32. Auch wenn angenommen werden kann, dass große, international tätige Banken mittelfristig einen IRB Approach wählen werden, halten wir die 50%-Anrechnung im Standardansatz insbesondere aus zwei Gründen für wichtig:

Aufgrund ungenügender Datenhistorien für intern ermittelte Ausfallwahrscheinlichkeiten werden viele Banken zunächst mit dem Standardansatz starten müssen, was zumindest in der Übergangsphase zu erheblichen Marktverzerrungen führen könnte.

Kleinere Banken werden tendenziell auch längerfristig beim Standardansatz bleiben. Falls hier keine 50%-Anrechnung erreicht würde, wären diese Banken gegenüber den größeren Banken, die auf Basis intern ermittelter niedriger Ausfallwahrscheinlichkeiten eine verminderte Eigenkapital-Anrechnung erreichen können, stark benachteiligt und damit in Bezug auf die Kreditkonditionen für solche Finanzierungen nicht mehr wettbewerbsfähig. Heute beteiligen sich kleinere Banken vielfach im Rahmen syndizierter Konsortialkredite mit kleineren Beträgen an der Finanzierung von Schiffen und Flugzeugen. Dies würde für kleinere Banken künftig uninteressant, was sie zum Ausstieg aus diesem Markt bewegen dürfte. Damit würde einerseits der Wettbewerb unter den Banken vermindert und andererseits die zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten für Schiffe und Flugzeuge insgesamt beschränkt.

33. Die künftige Behandlung von **Projektfinanzierungen** im Rahmen von Basel II lässt sich aus dem vorliegenden Konsultationspapier noch nicht abschließend beurteilen. Es deutet sich allerdings an, dass Projektfinanzierungen tendenziell als besonders risikoreich angesehen werden und daher ein höheres Risikogewicht als für Corporate-Finanzierungen als angemessen erachtet wird. Wir werden daher die weitere Diskussion sehr aufmerksam verfolgen. Für besonderes wichtig halten wir in diesem Zusammenhang, dass nicht durch eine zu weite Definition von Projektfinanzierungen auch andere Finanzierungsformen zu Unrecht von der Definition erfasst werden.

Finanzielle Zusammenarbeit

34. **Der Länderbereich wird die Anforderungen von Basel II** bei der Förderung der Entwicklungsländer in Übereinstimmung mit den anderen Bereichen der KfW **erfüllen**. Die Auswirkungen von Basel II werden für die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) umso relevanter sein, je mehr Marktmittel für die Förderung der Entwicklungsländer eingesetzt werden. Betroffen sind **Marktmittelbeimischungsvorhaben** und reine **FZ-Marktmittelfinanzierungen**.
35. Insbesondere dingliche Sicherheiten werden in der FZ weiter an Bedeutung gewinnen, wenn mehr Marktmittel für Infrastrukturvorhaben in Entwicklungsländern

eingesetzt werden sollen. Eine Überarbeitung des derzeitigen Konsultationspapiers sollte daher auch aus Sicht des Länderbereichs **risikomindernde Sicherungstechniken in größerem Umfang bereits im Standardansatz berücksichtigen.**

36. Wünschenswert erscheint aus Sicht der FZ weiterhin eine **Überarbeitung der Risikogewichte für langfristige Darlehen.** Im derzeitigen Entwurf werden langfristige Darlehen, die gerade für weniger entwickelte Länder besonders wichtig sind, in entwicklungspolitisch unzweckmäßiger Weise benachteiligt.
37. In der FZ ist die Fördertätigkeit der KfW ganz offensichtlich mit den Aktivitäten multilateraler Förder- und Entwicklungsbanken vergleichbar. Die Einstufung der KfW als 0-Gewicht sollte daher im neuen Accord Ausdruck einer **Gleichbehandlung mit anderen Internationalen Finanzierungsinstituten** sein.
38. In der Zusammenarbeit von **KfW und DEG** ergibt sich im Hinblick auf die Kreditrisikobewertung zur Zeit folgender Stand: Die DEG hat im letzten Jahr ein differenziertes System zur Bewertung der erwarteten Verluste einzelner Transaktionen eingeführt. Sie hat dieses System im Rahmen des Projektes „Neuausrichtung der Kreditrisikosteuerung“ in der KfW vorgestellt und hat Zugang zur Entwicklung eines neuen Kreditrisikoerfassungs- und -steuerungssystems für die KfW. **KfW und DEG werden die Vorgehensweise bei der Weiterentwicklung beider Systeme rechtzeitig aufeinander abstimmen.**

IV. Überlegungen zum zweiten und dritten Pfeiler des Baseler Accords

Operationale Risiken und Zinsänderungsrisiken

39. Das Konsultationspapier sieht für operationale Risiken eine Eigenkapitalunterlegung vor. Mit einem ersten Vorschlag zur Höhe des Gewichtungsfaktors im Basisindikatoransatz hat der Ausschuss die Diskussion um die Höhe dieser zusätzlichen Eigenkapitalunterlegung eröffnet.
40. Der ZKA wird sich in dieser Frage dafür aussprechen, das operationale Risiko erst dann zu kalibrieren, wenn die Auswirkungen des neuen Accords auf die Kreditrisiken erkennbar sind. Ziel muss dabei sein, die Gesamteigenkapitalbelastung nicht zu erhöhen. Dem schließen wir uns an.
41. Unter dieser Voraussetzung stellen wir fest: Die vom Baseler Ausschuss im Basisindikatoransatz vorgeschlagene Bezugsgröße „Bruttoertrag“ für die Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung ist für die KfW akzeptabel. Dagegen würde eine Orientierung an einer volumenbezogenen Einheit (z.B. jahresdurchschnittliche Bilanzsumme für einzelne Geschäftsfelder im Standardansatz) die KfW übermäßig belasten. Die KfW wird alle relevanten Betriebsrisiken näher untersuchen und eine entsprechende Risikosteuerung vorsehen. Eine solche Sicherungstechnik sollte durch eine entsprechende Festlegung der Gewichtungsfaktoren in den Ansätzen seitens der Aufsicht angemessen belohnt werden können.
42. Auch bei der Verwendung fortgeschrittener Ansätze zur Ermittlung des operationalen Risikos sind umfangreiche Berichtspflichten vorgesehen.
43. Die KfW begrüßt, dass im II Baseler Konsultationspapier die Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch - im Gegensatz zum 1. Konsultationspapier nicht mehr in der "1. Säule" behandelt werden, sondern statt dessen die Sensitivität der Institute gegenüber Veränderungen des Zinsniveaus Bestandteil der künftigen aufsichtlichen Überprüfung ist. Im Zentrum der Betrachtung stehen die sogenannten Ausreißer-Banken, das sind Institute, deren barwertige Verluste in Folge eines Zinschocks (200 BP bei G 10 Währungen, ansonsten entsprechendes Äquivalent) 20 % des Eigenkapitals (Kern- und Ergänzungskapital) übersteigen. Bei diesen

Instituten muss die Aufsicht von der Bank fordern, ihr Risiko zu verringern und/oder höheres Eigenkapital vorzuhalten. Diese Regelung ist im Anhang "Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk" des Baseler Konsultationspapiers näher beschrieben.

44. Die KfW wird aus derzeitiger Sicht bis zum Jahr 2004 in der Lage sein, den Effekt eines Zinsschocks zu ermitteln.

Anerkennung interner Ratingverfahren, Aufsicht und Markttransparenz

45. Der Baseler Ausschuss geht davon aus, dass international tätige Banken bei der Bewertung des Kreditrisikos einen internen Ratingansatz anwenden werden und bei der Bestimmung des operationalen Risikos den Standardansatz oder interne Bemessungen.
46. In beiden Bereichen werden in der KfW im Vergleich zum heutigen Stand deutliche Fortschritte erzielt werden müssen. Bei der Auswahl des Ansatzes zur Bewertung des operationalen Risikos werden wir diese Entscheidung voraussichtlich im Jahre 2004 unter Abwägung des Aufwandes und der zu erzielenden Ergebnisse für Eigenkapitalunterlegung prüfen und entscheiden.
47. Für die Kreditrisikobewertung werden wir mit Hilfe externer Berater überprüfen, inwieweit der Einsatz fortgeschrittener Techniken zu einer wirtschaftlich sinnvollen Verringerung der Eigenkapitalanforderungen führen wird. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch nicht zu überblicken, inwieweit die Regelungen im internen Ratingansatz nicht zu einer durchschnittlichen Anhebung des zu unterlegenden Eigenkapitals führen. Nach ersten Modellrechnungen lässt sich festhalten, dass größenbedingte Nachteile, die sich für KMU-Portfolios aus dem Ratingprozess ergeben nicht durch die Vorteile einer relativ starken Diversifikation ausgeglichen werden. Darüber hinaus zeigt sich, dass Klumpenrisiken zu einer deutlichen Erhöhung der Eigenkapitalbelastung führen werden.
48. Wir gehen hierbei davon aus, dass die KfW Umstellungspläne zunächst für die verschiedenen Bereiche entwickeln wird und die Ratingverfahren zu einem Ge-

samtplan zusammenfügt. Eine Anerkennung dieser Verfahren sollte - wie bereits in der ersten KfW-Stellungnahme vorgeschlagen - durch das BMF als Aufsichtsbehörde unter Einsatz eines unabhängigen Gutachters erfolgen.

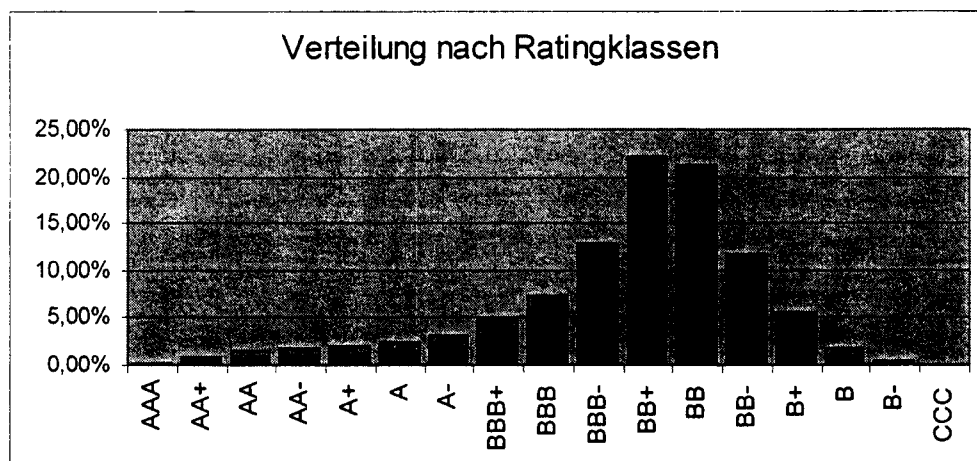
49. Hierbei sehen wir Erschwernisse beim Übergang vom einfachen auf den fortgeschrittenen IRB-Ansatz. Im fortgeschrittenen Ratingsansatz sollen Banken zur Schätzung des im Falle eines Ausfalls entstehenden Verlustes über eine Datenhistorie von mindestens sieben Jahren verfügen. Darüber hinaus wird verlangt, dass die Institute die aufsichtlichen Anforderungen des fortgeschrittenen Ansatzes bereits vor der erstmaligen Anwendung des fortgeschrittenen Ansatzes drei Jahre lang erfüllt haben. Im Gegensatz zum einfachen internen Ratingansatz ist bisher keine Übergangsfrist vorgesehen.
50. Nach der derzeitigen Formulierung im Konsultationspapier soll das Zeitfenster für einen schrittweisen Übergang vom einfachen auf den fortgeschrittenen IRB-Ansatz eng begrenzt werden. Wir sehen jedoch aufgrund der Komplexität und der Abgrenzung der Geschäftsfelder die Notwendigkeit, zumindest für einen Übergangszeitraum neben dem fortgeschrittenen Ansatz auch den einfachen Ansatz zu verwenden (sog. partial use).
51. Ungeachtet der verbleibenden Unsicherheiten hat die KfW bereits notwendige aufbau- und ablauforganisatorische Schritte eingeleitet, um den erwarteten Anforderungen von Basel II gerecht zu werden. Gefordert wird, dass das interne Rating mindestens einmal jährlich von einer unabhängigen Einheit überprüft wird. Auch die interne Revision erhält mit der Umsetzung des Basel-II-Accords neue Aufgaben. Daher erfolgt in der KfW die Einrichtung einer unabhängigen Risiko-steuerungseinheit ebenso wie die weitere Aufgabenzuordnung der Internen Revision. Abhängig von den Umstellungsplänen wird zudem ein bedeutendes Investitionsprogramm zur Umsetzung der Pläne erforderlich sein.
52. Die vorgeschlagenen Offenlegungspflichten sind sehr weitreichend und darüber hinaus sehr detailliert. Erzielt werden soll ein besserer Einblick in das Risikoprofil der Bank sowie in die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung. Wir plädieren dafür, zwischen notwendigen Informationen für die Aufsicht und verpflichtenden Publizitätsanforderungen im Geschäftsbericht oder in Zwischenberichten

deutlich zu trennen. Insgesamt sollten die Offenlegungspflichten in regelmäßigen Publikationen der KfW denen entsprechen, die durch die entsprechenden Bilanzierungsgrundsätze (in Zukunft: IAS) vorgegeben sind.

53. Insgesamt wird die KfW die von Basel II gestellten Anforderungen erfüllen. Dazu gehört auch die Behandlung der entsprechenden Risikosteuerungsverfahren im Vorstand und im Verwaltungsrat als oberstem Kontrollorgan. Entsprechende Informationen sind an den Vorstand der KfW erfolgt und werden für beide Organe weiter detailliert geplant.

54. Musterrechnung für KMU-Kredite

Auf Basis ihrer Förderaktivität hat die KfW ein breit diversifiziertes, gut besichertes Mittelstandsportfolio ermittelt (Besicherungsquote 60%), um damit die Auswirkungen der vorgeschlagenen Neuregelung auf Mittelständler und ihre Hausbanken abschätzen zu können. Das Portfolio liegt zu 37% im Investment-Grade-Bereich (d.h. besser als BB+, vgl. Grafik).



Verteilung eines typischen Mittelstandspools auf die Ratingkategorien (durchschnittliches internes Rating BBB- bis BB+)

Der geplante Standardansatz von Basel II entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Grundsatz 1: Da Mittelständler i.a. kein externes Rating haben, erhalten sie ein „Bonitätsgewicht“ von 100%. Sind Sicherheiten vorhanden, so werden diese relativ restriktiv angerechnet: Von Ausnahmen abgesehen, zählt nur finanzielle Besicherung. Liegt z.B. ein Drittel der Besicherung in Form von Unternehmensbonds der Qualität „A“ vor, reduzieren sich die Bonitätsgewichte auf 90% („einfacher“ Standardansatz) bzw. 85% („umfassender“ Standardansatz).

Im IRB-Ansatz werden die Bonitätsgewichte nach den internen Bankenratings differenziert. Hierdurch fallen im Investment-Grade-Bereich die Bonitätsgewichte,

während sie für den Non-Investment-Grade erheblich ansteigen (vgl. Tabelle). Im Pool steigen die Gewichte vor Besicherung um 18%. Zwar können Sicherheiten (vor allem beim Advanced Approach) großzügiger als beim Standardansatz angerechnet werden, dennoch kann die höhere Bonitätsgewichtung beim Beispiel-Pool allenfalls im aufwendigen Advanced Approach kompensiert werden.

| | STANDARDANSATZ | | | INTERNER RATINGANSATZ | | |
|---------------------------------|----------------|-----------------------------|-------------------------------|-----------------------|--------------------------------|------------------------------|
| Ratingklasse | unbesichert | besichert, einfacher Ansatz | besichert, umfassender Ansatz | unbesichert | besichert, Foundation Approach | besichert, Advanced Approach |
| AAA | 100% | 90% | 85% | 14% | 12% | 10% |
| AA | 100% | 90% | 85% | 15% | 13% | 11% |
| A | 100% | 90% | 85% | 24% | 20% | 17% |
| BBB | 100% | 90% | 85% | 51% | 44% | 37% |
| BB | 100% | 90% | 85% | 136% | 115% | 98% |
| B | 100% | 90% | 85% | 346% | 294% | 250% |
| CCC | 100% | 90% | 85% | 625% | 530% | 450% |
| gewichteter Durchschnitt | 100% | 90% | 85% | 118% | 100% | 85% |

Durchschnittliche Bonitätsgewichte für den Beispiel-Pool anhand der verschiedenen Basel II-Ansätze

Die im Advanced Approach vorgesehene Laufzeitdifferenzierung hat hier nur geringe Auswirkungen auf den Pool, weil die effektive Restlaufzeit nur mäßig oberhalb von 3 Jahren (Foundation Approach) liegt und im Zeitablauf sogar unter diesen Wert fällt. Die Granularitätsanpassung führt in diesem Fall zu geringfügigen Entlastungseffekten.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------|--|
| ABCP | Asset-backed commercial paper |
| ABS | Asset-backed securities |
| BP | Basispunkt |
| BRW | Benchmark risk weight |
| C | Collateral value |
| CCF | Credit convergence factor |
| CDS | Credit default swap |
| CLN | Credit linked notes |
| CRMT | Credit risk mitigation techniques |
| DM | Default mode |
| EAD | Exposure at default |
| ECA | Export credit agency |
| ECAI | External credit assessment institution |
| EI | Exposure indicator |
| EL | Expected loss |
| FZ | Finanzielle Zusammenarbeit |
| GIC | Government insured contract |
| GSF | Granularity scaling factor |
| H | Haircut (on risk mitigants) |
| IAS | International Accounting Standards |
| IMA | Internal models approach (market risk) |
| IRB | Internal ratings-based approach |
| KMU | Kleinere und mittlere Unternehmen |
| LDA | Loss distribution approach |

| | |
|--------|--|
| LGD | Loss given default |
| LGE | Loss given event |
| LTV | Loan to value |
| M | Maturity |
| MRC | Minimum regulatory capital |
| MTM | Mark-to-market |
| n.r. | nicht relevant |
| OBS | Off-balance-sheet |
| OTC | Over the counter |
| OWC | Oliver, Wyman & Company (Berater der der KfW für Kreditrisikosteuerung) |
| PD | Probability of default |
| PE | Probability of loss event |
| PFE | Potential future exposure |
| PSE | Public sector entity |
| r or R | Risk weight |
| RPI | Risk profile index |
| RWA | Risk weighted asset |
| SME | Small and medium-sized enterprises |
| SPV | Special Purpose Vehicle |
| TNRE | Total non-retail exposure |
| TRS | Total return swap |
| UL | Unexpected loss |
| VaR | Value at risk |
| W | Floor factor (for securitised and collateralised assets) |
| ZKA | Zentraler Kreditausschuss |